

Dokumentation

Seniorinnen und Senioren in Berlin Mitte – Aktuelle Herausforderungen an Wohnen und Wohnumfeld

Fachgespräch der Runden Tische für Senior*innenarbeit
mit Ephraim Gothe, Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales
und Gesundheit

am 26.11.2018 von 9:30-12:30 Uhr

Veranstaltungsort:

Rathaus Tiergarten, BVV Saal (1 OG)
Mathilde-Jacob Platz 1, 10551 Berlin

*Organisation, Moderation und Dokumentation:
Stadtteilkordinator*innen
Sanja Gusic (Parkviertel) ,
Dr. Sylvia Euler (Alexanderplatz/ Regierungsviertel),
Claudia Schwarz (Wedding Zentrum)*



Sozialraumorientierte
Planungskoordination
analysiert · informiert · aktiviert · Mitte



Teilnehmende Akteure und Netzwerke:

Herr Ephraim Gothe, Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit
Runder Tisch Seniorenarbeit Moabit
Runder Tisch „Älter werden im Sprengelkiez“
Netzwerk „Aktiv im Alter im Gesundbrunnen“
Aktionsgruppe im Gebiet Brunnenstraße Süd
Runder Tisch Senior*innenarbeit im Parkviertel
Runder Tisch Seniorenarbeit (BZR Alexanderplatz und BZR Regierungsviertel)
Runder Tisch Seniorenarbeit Tiergarten Süd

Programm

9:30 Uhr

**Begrüßung und thematische Einstimmung, unter der Fragestellung:
„Was bedeutet für Sie „Wohnen“?“S. 2**

10:00 Uhr – 10:30 Uhr

1. Gesprächsrunde: Selbstbestimmtes Wohnen im Alter.....S. 3

10:30 Uhr – 11:00 Uhr

2. Gesprächsrunde: Prävention von Wohnungslosigkeit im Alter.....S. 7

11:00 – 11:30 Uhr

3. Gesprächsrunde: Wohnortnahe Treffpunkte und Wohnumfeld.....S. 10

11:30 Uhr – 12:00 Uhr

Verabredungen.....S.14

12:00 Uhr *Ausklang*

Konzept der Gesprächsrunden

Jede Gesprächsrunde wird durch einen kurzen thematischen Input eines Experten/einer Expertin eingeleitet. Anschließend hat Herr Gothe, Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit, die Möglichkeit auf diesen Input zu reagieren. Danach wird die Gesprächsrunde für das Plenum geöffnet und die Themen diskutiert.

Begrüßung und thematische Einstimmung, unter der Fragestellung: „Was bedeutet für Sie „Wohnen“?“

Claudia Schwarz und Sanja Gusic begrüßen die Teilnehmer*innen und führen in die Veranstaltung ein.

Im Voraus hatten die Teilnehmer*innen die Möglichkeit darzustellen, womit sie das Thema „Wohnen“ verbinden. Die Ergebnisse wurden in folgendem Schaubild dargestellt.



Was bedeutet für Sie „Wohnen“?

- Zuhause
- Mein Zuhause
- Gemütlich, angenehm
- Geborgenheit
- Heimat
- Heimat, Lebensmittelpunkt, Geborgenheit, Freiraum
- Ein Rückzugsort nur für mich
- Rückzug
- Wichtiges politisches Thema
- Nachbarschaft, die hilft
- Gute Nachbarschaft
- Wir brauchen einen Hausmeister, der behilflich ist
- Gute Infrastruktur
- Ärzte, Einkaufen, Treffpunkte
- Das wichtigste zum Leben
- Dach überm Kopf
- Ein Zimmer für sich
- Man muss ja irgendwo wohnen
- Menschenrecht!
- Wesentlicher Teil der Grundversorgung
- Recht auf Wohnraum
- Bezahlbarer Wohnraum
- Wohnen darf kein Luxus sein
- Sicherheit

1. Gesprächsrunde

„Bezahlbaren Wohnraum erhalten und schaffen“

Input durch:

Dietmar Kruschel, Leiter des Pflegestützpunktes Mitte

Auf der Grundlage der Beratungstätigkeit im Pflegestützpunkt Mitte existieren viele Fakten zur aktuellen Wohnsituation für Ältere und über ihre Bedarfe:

- Viele Anfragen beziehen sich auf die steigenden Mieten in Berlin Mitte. Dazu gehören auch die zu niedrige Mietobergrenze bei Grundsicherung, die Wohnsicherung und die problematische Wohnungssuche für ältere Menschen.
- Die steigenden Mieten treffen insbesondere die älteren Menschen.
- Muss ein Wechsel aus der eigenen Wohnung und dem bekannten Wohnumfeld erfolgen, gibt es zu wenige Einrichtungen für betreutes Wohnen, die in Betracht gezogen werden können.
- Es existieren zu wenige Plätze im betreuten Wohnen, stattdessen gibt es jahrelange Wartelisten.
- Pflegeheime schließen in Mitte, diese Plätze existieren nicht mehr (z.B. in der Schulstraße). Umzug in einen anderen Bezirk ist für viele Senior*innen keine Option. Grund: Starke Verwurzelung im Kiez durch lange Wohndauer von oft vielen Jahrzehnten.
- Viele ältere Menschen sind im Kiez verwurzelt, jedoch ist die Wohnsituation aufgrund von Treppenhäusern, ohne Fahrstuhl für viele ältere Menschen problematisch.
- Viele Vermieter stimmen einer behindertengerechten Wohnungsanpassung (z. B. Umbau des Bades, Duscheinbau als Erleichterung) nicht zu oder verknüpfen die Zustimmung mit nicht einhaltbaren Forderungen (Rückbauverpflichtung). Der Rückbau wird von der Pflegekasse nicht übernommen.
- Senior*innen wohnen oft allein in großen Wohnungen. Wohnungstausch wäre möglich, scheitert aber oft an der Miethöhe der neuen (kleineren) Wohnung.

Reaktion von Stadtrat Gothe:

Es müssten ca. 10.000 weitere städtische Wohnungen von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften gebaut werden, jedoch sind zurzeit nur ca. 2.700 Wohnungen in der Bauphase/bzw. Planungsphase.

Es sollen 50 Prozent der neugebauten Wohnungen barrierefrei gebaut werden, diese sind jedoch nicht rollstuhlgerecht.

Diskussion im Plenum

Thematisierung des Wohnungstauschportals:

- Aufgrund der Nutzung des Wohnungstauschportals im Internet werden (ältere) Menschen, die mit dieser Technik nicht vertraut sind, ausgeschlossen.
- Frage nach Unterstützungsmaßnahmen der Senioren*innen hinsichtlich der Nutzung des Wohnungstauschportals.
- Problem: Umzug muss innerhalb eines Tages erfolgen. Dies ist für viele (insbesondere ältere Menschen) nicht möglich.
- Vorschlag: Die älteren Menschen zu einer Informationsveranstaltung im Bezirk einladen, um ihnen die Ängste zu nehmen.
- Die Informationsflyer zum Wohnungstausch könnten weiter verbreitet/versendet werden → WBM hat diese bereits an ihre Mieter*innen verteilt.
- Vorschlag: Private Wohnungseigentümer und Wohnungsbaugenossenschaften in die Wohnungstauschbörse mit einbeziehen /beteiligen.
- Herr Gothe: Die Einbeziehung der privaten Wohnungseigentümer ist schwierig.
- Welche Möglichkeiten bestehen, Kontakt zu privaten Vermieter*innen aufzubauen?
- Es ist ein großer Anteil von Wohneigentum im „Streubesitz“ (sehr kleinteilig, ein Eigentümer besitzt nur ein/wenige Häuser) vorhanden → alle einzubeziehen ist nicht möglich.
- Fünf Prozent der Häuser in Mitte gehören Genossenschaften.
- Herr Gothe: Es existieren zwei Verbände privater Eigentümer: „Haus und Grund“ und BFW – Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen.

Themengebiet: Senioren-WGs

- Vorschlag: Unterstützung und Förderung von Senioren-WGs im Bezirk
- Jedoch problematisch: Wie kommen die älteren Menschen, die gemeinsam wohnen wollen, an die Wohnungen heran? Der Bedarf und das Interesse an Senioren-WGs sind vorhanden. Es gibt viele ältere, die selbstbestimmt in WGs leben möchten.
- Resümee: Die Unterstützungsmöglichkeiten für den Wohnungstausch und neue Wohnformen sind noch nicht ausreichend.



2. Gesprächsrunde „Prävention von Wohnungsverlust für Senior*innen“

Input durch:

Markus Wahle, Berliner MieterGemeinschaft e.V.

Zunächst danke ich für die Einladung.

Bei der Beratung von Senior*innen sehen wir zwei Hauptursachen für Wohnungsverlust: Mietschulden und /oder Eigenbedarfskündigung. Mietschulden entstehen oft nach Mieterhöhungen (aktuell häufig durch eine lt. Straßenverzeichnis plötzlich „bessere“ Wohnlage). Die Anzahl von Eigenbedarfskündigungen (egal ob berechtigt oder vorgetäuscht) hat unseren Beobachtungen zu Folge deutlich zugenommen.

Zum Stand der Diskussion im Rahmen der Strategiekonferenz zur Wohnungslosigkeit in Berlin: Die Arbeitsgruppe „soziale Wohnhilfen / Fachstellenkonzept & Prävention“ benannte Senior*innen in den Ergebnissen nicht als eigene Personengruppe (sehr wohl aber Pflegebedürftige und Menschen mit Handicap). Dies bedeutet keine Geringschätzung (soziologisch: Senior*innen sind nicht „vulnerabel gelabelt“).

Die Arbeitsgruppe Prävention benannte u.a. vier ganz konkrete Vorschläge:

- Ausbau der Schuldnerberatung zur Verhinderung und Reduzierung von Verschuldung
- Ausbau der allgemeinen unabhängigen Sozialberatung
- Kostenlose Mietrechtsberatung für Sozialleistungsbeziehende
- Einrichtungen sozialer Dienste in den städtischen Wohnungsbaugesellschaften

Jenseits der Strategiekonferenz gibt es inzwischen eine Projektgruppe Wohnungslosigkeit Älterer (bei der Berliner Stadtmision).

Das sogenannte geschützte Marktsegment bezeichnete nach bisherigem Verständnis ganz überwiegend Wohnungen im Sub-Standard, die nicht gewinnbringend vermietet werden können. Dieser „Markt“ ist faktisch zusammengebrochen, die Wohnungs-Zahlen gehen gegen Null.

Die künftige Ausweitung dieses Marktsegments soll durch Kontingente von Wohnungen öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften erfolgen. Dieser Anteil ist weiterhin erheblich geringer als geplant, die Anzahl dieser Wohnungen steigt kaum.

Für die viel diskutierte Angebotserweiterung bestehen insgesamt vier Möglichkeiten: Neubau insbesondere durch städtische Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften

- Problematisch ist die Bezahlbarkeit für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, der Anteil einkommensschwacher Senior*innen wird künftig weiter zunehmen. Letztlich erfordert dies Dauer-Subventionen der Kommunen mit der Neuauflage der Diskussionen eines „sozialen Wohnungsbau“ und einer sog. Objekt-oder einer sog. Subjekt-Förderung.

Umbau nicht genutzter Nicht-Wohngebäude

- Dies ist oft kostengünstiger als Neubau. Die Flächen finden sich selten in Innenstadtlagen und häufig besteht eine Flächenkonkurrenz mit gewerblichen Nutzungsplänen.

Ankauf von Bestands-Wohnungen durch städtische Wohnungsbaugesellschaften

- Dies ist derzeit am Immobilienmarkt (noch) „günstiger“ als der Neubau und ermöglicht auch innerstädtische Wohnanlagen (gerade für Mitte wichtig)

Die konsequente Anwendung von Regeln

- Dies ist die trotz des erheblichen Verwaltungsaufwands inzwischen wohl preisgünstigste Variante zur Sicherung von Wohnraum im Bestand. Es bedeutet keine Duldung von Zweckentfremdung, keine Duldung von Vernachlässigung und spekulativem Leerstand sowie Unterstützung von Mieter/inne/n bei bloß vorgetäuschem Eigenbedarf.

Von den Maßnahme-Empfehlungen der „Strategiekonferenz“ seien zwei weitere genannt:

- Die Bereitstellung zentraler Informationen zur Prävention in leichter /einfacher Sprache, dazu könnte eine bereits erstellte Broschüre der Landesarmutskonferenz bei der Anmeldung ausgehändigt und in allen Bürgerämtern ausgelegt werden.
- Es sollte ein bezirkliches Präventionsnetzwerk zur Früherkennung, Öffentlichkeitsarbeit und Intervention geschaffen werden.

Reaktion von Stadtrat Gothe:

- Wichtig ist bei der Strategiekonferenz herauszuarbeiten, welche Ressourcen das Bezirksamt benötigt, damit Fr. Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, diese Informationen in die Haushaltsverhandlungen mitnehmen kann.
- Das geschützte Marktsegment soll laut Koalitionsvertrag verdoppelt werden, jedoch stehen keine Wohnungen zur Verfügung. Es ist daher unklar, woher die fehlenden Wohnungen kommen sollen.
- Außerdem gestaltet sich die Zuführung der Wohnungen sehr schwierig, weil die Fluktuation gesunken ist, daher ist der Anteil der Neuverteilungen der Wohnungen bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften gesunken. Demzufolge können die städtischen Wohnungsbaugesellschaften die Wohnungen nicht mehr bereitstellen, weil diese nicht mehr frei werden. Folglich ist der Neubau besonders wichtig.
- Beratungsinstitutionen, wie z. B. die Schuldnerberatung sind sehr wichtig.
- Ein entsprechendes Beratungsnetzwerk soll weiter aufgebaut werden.
- Eine Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der Beratungsangebote ist sehr wichtig.

Diskussion im Plenum

- Frage des Umganges bei Räumungen
- „Heuschrecken-Problem“
- Schutz der Älteren und der Kranken vor Wohnungsverlust
- Menschen, die sich schämen, Wohngeld oder Grundsicherung zu beantragen
- Wohngeldantrag ist sehr aufwendig, viele ältere Menschen sind mit dem Antragsformular überfordert
- GEZ-Gebühren sind für viele ältere Menschen ein großes Problem, Härtefallbeantragung ist aufwendig und für viele zu schwierig
- Milieuschutz schützt häufig nicht vor Umwandlungen

Vorschläge:

- Beratungsangebote bei den städt. Wohnungsbaugesellschaften einrichten, z. B. mit aufsuchenden Sozialarbeiter*innen

- Vereinfachung des Wohngeldantrages/der Folgeanträge
- Bessere Beratungsangebote, z. B. für den Wohngeldantrag
- Orientierung am französischen Modell, bei dem ab einem bestimmten Alter, die Menschen nicht mehr umziehen müssen

Reaktion des Stadtrates Gothe auf die Diskussionspunkte:

- Wohngeldantrag muss überprüfbare Kriterien enthalten.
- Erläuterungen zu den Milieuschutzgebieten mit Hinblick auf eine Gesetzeslücke: In Milieuschutzgebieten ist die Umwandlung von Miet- zu Eigentumswohnungen genehmigungspflichtig Nach sieben Jahren Vermietung besteht also die Freiheit zur Umwandlung, diese Gesetzeslücke ist bekannt und soll verbessert werden.
- Der Bezirk prüft das Vorkaufsrecht bei Grundstücksverkäufen
- Die Mietpreisbremse soll eingehalten werden, dies wird vom Bezirksamt überprüft, Strafe soll gezahlt werden.

3. Gesprächsrunde

„Wohnortnahe Treffpunkte und öffentlicher Raum“

Input durch:

Elke Fenster, Geschäftsführerin Moabiter Ratschlag e.V.

Für ältere Menschen mit sinkender Mobilität ist das Wohnumfeld von großer Bedeutung. Der Aktionsradius wird geringer. Ältere Menschen sind darauf angewiesen, in erreichbarer Nähe alle Bedürfnisse erfüllen zu können. Auch wenn immer mehr Aufgaben digital erledigt werden können, sind nicht alle Menschen dazu in der Lage und besitzen die entsprechende häusliche Infrastruktur.

Der Runde Tisch Seniorenarbeit in Moabit betont, wie wichtig in jedem Wohngebiet eine „seniorenrechtliche Grundausstattung“ ist. Die Ergebnisse mehrerer Kiezspaziergänge mit älteren Bewohnerinnen und Bewohnern haben dies gezeigt. Zu den Grundbedürfnissen gehören Einkaufsmöglichkeiten, Geldautomaten, Briefkästen etc. Problematisch ist es, dass verschiedene Akteure für diese Ausstattung zuständig sind, die Post, Banken, viele private Anbieter von Dienstleistungen und Produkten. Es gibt keine Institution, die das Wohnumfeld aus der Sicht älterer Menschen plant und korrigierend eingreifen kann.

Ebenso wichtig für ältere Menschen sind wohnortnahe Treffpunkte. Die aktivierende Befragung zur Erstellung des Integrierten Handlungskonzeptes „Älter werden in

Moabit“ (im Auftrag von BMFSFJ 2014)¹ hat in ihren Ergebnissen unter anderem diesen Bedarf ermittelt. Diese gut erreichbaren Anlaufpunkte erfüllen mehrere Funktionen. Sie sind – neben dem Internet – ein Ort für die Weitergabe von wichtigen Informationen und Erfahrungen, oftmals auch von Mund zu Mund. Hier treffen Menschen aufeinander, die gemeinsam ihre Freizeit verbringen können, singen, tanzen, gemeinsam lernen, Ausflüge machen. Feststehende Termine und interessante Inputs sowie der regelmäßige Kontakt zu anderen Menschen helfen dabei, den Alltag zu strukturieren und das Alleinsein zu vermindern. Nicht zu unterschätzen ist auch das Bedürfnis älterer Menschen, Verantwortung zu übernehmen und für andere hilfreich zu sein. Die wohnortnahen Treffpunkte organisieren und begleiten das Ehrenamt sowie die Begegnung und den Austausch zwischen Jung und Alt.

Wohnortnahe Treffpunkten sollten barrierefrei sein. Verlässliche Öffnungszeiten sowie das Zusammenwirken von Haupt- und Ehrenamt sind notwendig, ebenso ein Budget für sozial-kulturelle Veranstaltungen.

In unserer älter werdenden Gesellschaft ist es wichtig, jetzt die entsprechenden Strukturen für das zukünftige Leben zu schaffen. Statt einzelner „Inseln“ müssen alle Planungsräume in Mitte flächendeckend ausgestattet sein.

Reaktion Stadtrat Gothe:

- Das Bezirksamt erstellt einen Bericht zur sozialen Lage des Bezirkes im Hinblick auf die älteren Menschen. Diese bezieht sich auf die letzten zehn Jahre und enthält auch Angaben hinsichtlich der Zukunftsentwicklung.
- Ein Vergleich mit anderen Bezirken ist möglich.
- Resultat: Mitte ist vielfach hart betroffen, aufgrund des demografischen Wandels kommt es zum Anstieg der „jungen Alten“ ebenso, wie der Hochbetagten, auch die Anzahl der von Armut betroffenen Senioren*innen wird ansteigen.
- Ab Januar 2019 wird im Bezirksamt Mitte die Stelle der Altenpflegekoordinatorin besetzt werden. Darüber hinaus soll es eine zweite Stelle geben.
- Es soll ein zweiter, bzw. neuer Bericht als statistische Grundlage angefertigt werden.
- Die Anzahl der intergenerativen Nachbarschaftszentren soll erhöht werden, z. B. Haus der Statistik, neues Haus der Stadtmission, neue Projekte der WBM.
- Dem Bezirksamt ist bekannt, dass ein großer Bedarf vorhanden ist.
- Das diesbezügliche Netzwerk soll verdichtet werden.

¹ <https://www.serviceportal-zuhause-im-alter.de/en/praxisbeispiele/anlaufstellen-fuer-aeltere-menschen/konzeptentwicklungsprojekte/konzeptentwicklung-anlaufstelle-fuer-aeltere-in-berlin-moabit.html>

Diskussion im Plenum

- Die Politik muss sich stark für die Themen älterer Menschen machen.
- Es existieren Probleme bzgl. der Abstellmöglichkeiten der Rollatoren in den Treppenhäusern (z. B. Karl-Marx-Allee)
- Es wurden Kiezspaziergänge durchgeführt, aber die Veränderungen erfolgen nicht.
- Die Öffentlichkeitsarbeit für die Nachbarschaftstreffs muss verbessert werden.
- Aufgrund der Einschränkungen der Mobilität müssen Alternativen für die Senioren*innen gefunden werden, z. B. Kiezbuss, Fahrradrikscha, Kiezatlas für Senioren*innen.
- Problem der Finanzierung der Senioren*innenarbeit (Bezirksamt sollte ein Budget für die Finanzierung der Senioren*innenarbeit entwickeln)
- Eine Finanzierung der Senioren*innenarbeit spart langfristig Geld, weil die älteren Menschen aufgrund von Anlaufstellen nicht ins Seniorenheim müssten.
- Wunsch: eigenes Budget für die Treffpunkte.
- Problem: Schließung der Seniorenheime: Die Menschen werden in der Stadt verteilt und müssen ihr gewohntes Wohnumfeld verlassen.
- Frage: Hat(te) der Bezirk bei den Schließungen der Seniorenwohnheime Mitspracherecht?
- Vorschlag: Einen Arbeitskreis Begegnungsstätten einrichten, die Begegnungsstätten gleichwertig finanzieren und mit Personal ausstatten.
- Barrierefreiheit der sozialen Einrichtungen beachten.
- Eine Senioreninfothek gibt es als niederschwelliges Informationsangebot für Seniorinnen und Senioren auf Initiative der GESOBAU in der Armenischen Straße 12 / Nähe Schillerpark: GESOBAU-Servicepoint
- Bessere Bewerbung der vorhandenen Angebote ist nötig.

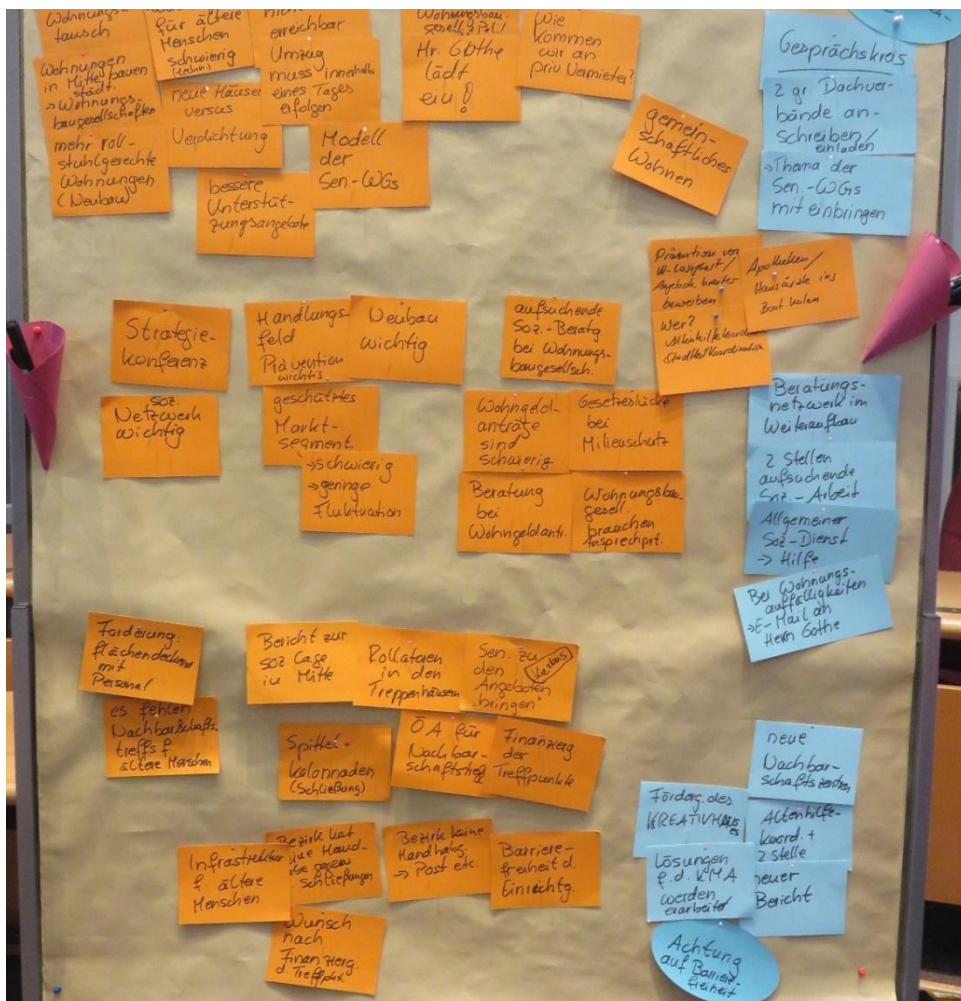
Reaktion des Stadtrates Gothe auf die Diskussionspunkte:

- In der Karl-Marx-Allee (Abstellmöglichkeiten der Rollatoren in den Treppenhäusern) ist ein strukturelles Problem vorhanden. Die Bedarfe für Abstellflächen der Rollatoren steigen, die Lösungsangebote für die Karl-Marx-Allee sollen gemeinsam erarbeitet werden.
- Die Finanzierung für die Renovierung des KREATIVHAUSES ist gesichert.
- Ein öffentliches Lob an die Arbeit von Frau Knuth (Beauftragte für Menschen mit Behinderung beim Bezirksamt Berlin-Mitte), das Thema Barrierefreiheit aufrechtzuhalten!
- Schließung der Seniorenheime: BVV hat dies kritisiert, jedoch liegt die Heimaufsichtspflicht bei der Senatsverwaltung
- Laut Angaben des Senats liegen aufgrund der Schließungen keine Probleme für die Bewohner*innen vor, es sollen drei Standorte zur Auswahl gestanden

haben, diese waren jedoch in anderen Bezirken, der Bezirk hatte keine Handhabung gegen die Schließungen zu wirken. Zum Teil erfüllen die Häuser nicht (mehr) die Standards, dies lag z. B. vor für die Senioreneinrichtung in der Invalidenstraße, die geschlossen werden musste.

- Auch die Infrastruktur, z. B. Versorgung mit Postfilialen, liegt außerhalb der Kompetenz des Bezirkes.
- Problem: Neue Schul- und Kitaplätze müssen ebenfalls geschaffen werden.

Verabredungen



Schlussfolgerungen/Ergebnisse

- Im Amt für Soziales sind zwei Sozialarbeiter*innenstellen für aufsuchende Sozialarbeit ausgeschrieben.
- Der Allgemeine Sozialdienst des Bezirksamtes führt auch Hausbesuche durch und hilft bei Antragsstellungen.
- Der Aufbau eines Präventionsnetzwerks wird von allen Beteiligten als sinnvoll erachtet.
- Ein besserer Zugang zu Informationen, als auch der Abbau von Barrieren, sind Themen bei den Runden Tischen Senioren*innenarbeit
- Herr Gothe möchte im Rahmen einer Folgeveranstaltung in 2019 die neue Altenpflegekoordinatorin vorstellen.
- Die Studie: LISA - Lebensqualität, Interessen und Selbstständigkeit im Alter: Ergebnisse einer Befragung älterer Menschen im Bezirk Mitte von Berlin / (Hrsg.: Bezirksamt Mitte, Abt. Gesundheit) soll in erneut Auftrag gegeben werden.
- Die Themen dieser Veranstaltung werden in die jeweiligen Runden Tische Senioren*innenarbeit mitgenommen und ausgewertet. Dort wird ein weiteres Vorgehen im Hinblick auf die Ergebnisse der Fachveranstaltung besprochen.

Festlegungen von Stadtrat Gothe

Herr Gothe wird zu zwei Gesprächskreisen einladen:

1. Einen Gesprächskreis mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und anderen wichtigen Akteur*innen der Senior*innenarbeit zu organisieren, um den Wohnungstausch seniorengerechter zu gestalten. Herr Gothe erklärt sich bereit hierzu einzuladen.
2. Kontaktaufnahme und Einladung der beiden Verbände der privaten Wohnungseigentümer („Haus und Grund“ und BFW)